

6. Die Rettung des europäischen Projektes

Es ist eine unter Historiker:innen erstaunlich fest etablierte und oft betonte Überzeugung, dass die Geschichte sich nicht wiederholt, dass jede Zeit anders ist und dass jedes historische Phänomen immer nur aus sich selbst heraus verstanden werden müsse. Vor dem Hintergrund der hier entwickelten Überlegungen lässt sich diese These in ihrer Allgemeinheit kaum halten. Die in diesem Buch behandelten Fälle sind ein deutlicher Beleg dafür, dass sich bestimmte Konstellationen von gesellschaftlichen und institutionellen Faktoren durchaus wiederholen. Und genauso wiederholt sich quer durch die Geschichte das Phänomen, dass Ordnungen an einer Kombination aus sozialem Wandel, übermäßiger Machtkonzentration im Zentrum und Prozessen pathologischen Lernens zugrunde gehen. In allen vier hier untersuchten Fällen können wir eine Kombination von Faktoren beobachten, die erschreckend viele Parallelen zur heutigen EU aufweisen. Damals wie heute beobachten wir einen zugespitzten sozialen Konflikt sowie eine institutionelle Ordnung, die außer Stande ist und deren wichtigste Akteure nicht willens sind, dem Verfall wirkungsvolle Maßnahmen entgegenzusetzen. Und genau wie sich 133 v. Chr., 1517, 1789 und 1933 die Unzufriedenen und sozial Deprivierten auf grobe, brutale und die Spielregeln des alten Systems verachtende Weise Gehör verschafften, so entsteht auch heute in Europa eine neue Fundamentalopposition, der die bestehende Herrschaftsordnung nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben steht.²²³ Die heutigen Rechts- und Linkspopulisten Europas stehen in einer Tradition, die von den römischen Gracchen über die reformatorischen Prediger und die Revolutionäre der französischen Revolution bis hin zu den Nationalsozialisten des europäischen Staatensystems reicht. In allen diesen Fällen haben wir es mit politischen Akteuren zu tun, die ursprünglich sozialen Protest für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren vermochten und revolutio-

näre Situationen provozierten, die eine alte Herrschaftsordnung stürzten.

Die EU – und das macht diese früheren Fälle fallender Ordnungen heute so relevant – ist bei aller Unterschiedlichkeit von Situation, handelnden Personen und institutionellem Kontext nicht davor gefeit, einen ähnlichen Weg zu gehen. Sicher, die Geschichte wiederholt sich nicht und jeder historische Fall ist immer einzigartig. Zu Recht lässt sich hier einwenden, dass die EU auf den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit basiert und damit eine Reihe von Merkmalen legitimer und ordnungsstabilisierender Politik aufweist, die es in keinem der Vergleichsfälle gegeben hat. Gleichzeitig scheint eine Zusammenschau früherer Zusammenbrüche von Herrschaftsordnungen und der sie bedingenden Faktoren aber auch eine wichtige Lehre für Europa bereitzuhalten, die über die Zeiten hinweg Gültigkeit beansprucht: die Kombination aus gesellschaftlicher Dynamik und sozialer Deprivation mit einer institutionellen Ordnung hoher Machtkonzentration im politischen Zentrum ist eine außerordentlich gefährliche Mischung. Es ist genau diese Mischung, die sich wie ein roter Faden durch die europäische Geschichte pathologischen Lernens und des Untergangs von Herrschaftsordnungen zieht. Immer wieder hat die Verkettung dieser Faktoren zu revolutionären Unruhen und dem Sturz von Herrschaftsordnungen geführt. Nur dann, wenn die heutigen Entscheidungseliten sich dieser Gefahr bewusst sind und wenn wir unsere politischen Institutionen und unsere politische Kultur für den Protest öffnen, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Geschichte tatsächlich nicht wiederholt. Sollten sich die europäischen Eliten dieser Einsicht verweigern und sollte die organisierte Verantwortungslosigkeit der EU jede effektive Bearbeitung ihres sozialen Konfliktes verhindern, dann steht zu befürchten, dass der liberalen Herrschaftsordnung Europas morgen ein ähnlich dramatisches Schicksal wie vielen ihrer Vorgänger droht.

Das hier entwickelte Argument ist theoretisch reflektiert und empirisch gut begründet. Es basiert auf einer breiten Zusammenschau der einschlägigen politischen Theorien zum Thema sowie einer Analyse von vier herausragenden Fällen pathologischen Lernens. Es darf allerdings nicht als mechanistisch oder kausal-deterministisch missverstanden werden. Die hier entwickelten Überlegungen beinhalten nicht die Behauptung, notwendige oder hinreichende Bedingungen für pathologisches Lernen und den Verfall von Herrschaftsordnungen identifiziert zu haben. Gesellschaftlicher Wandel und konzentrierte

politische Macht können durchaus gleichzeitig für lange Zeit bestehen, wenn zusätzliche stabilisierende Faktoren dieses ermöglichen. Ein umfassender staatlicher Unterdrückungs- und Propagandaapparat kann ein an sich dysfunktionales Regime auch langfristig stabil halten. Wenn die Medien es schaffen, den Menschen eine Realität zu vermitteln, die keine bessere Alternative denken lässt, dann hat politischer Protest es schwer, Zulauf zu gewinnen. Genauso können umfassende staatliche Zuteilungen von ökonomischen Leistungen und die Vorherrschaft einer systemstabilisierenden Ideologie die Unzufriedenheit für lange Zeit auf einem Niveau halten, dass für eine Herrschaftsordnung ungefährlich ist. Es ist gleichzeitig allerdings auch nicht von der Hand zu weisen, dass das Zusammentreffen der benannten Faktoren eine Mischung ergibt, die die Legitimität einer Herrschaftsordnung auf Dauer untergräbt.

6.1 Für ein sozialeres und verantwortlicheres Europa

Europa benötigt dringend eine Reihe tiefgreifender Reformen, um sein Versprechen der offenen Gesellschaft mit neuer Glaubwürdigkeit zu versehen. Es muss seinen einseitig wirtschaftsliberalen Charakter korrigieren, seine soziale Verantwortung neu entdecken und damit seine Herrschaftsordnung wieder stabilisieren. Liberalismus darf nicht nur als die Schaffung von Märkten und als der Abbau von Hemmnissen für die vier Grundfreiheiten verstanden werden, sondern muss in den Dienst einer besseren und damit stabileren Herrschaftsordnung gestellt werden. Die angemessene theoretische Orientierung eines sozialpolitisch lebendigen Europas findet sich in einem moderaten Liberalismus, der sich zur Aufgabe setzt, »Wege zu eröffnen, um auch jene an den Errungenschaften der Freiheit teilhaben zu lassen, die der Prozess der ökonomischen und technischen Modernisierung ins gesellschaftliche Abseits geführt oder aber dort gehalten hat«²²⁴.

Liberaler wie John Rawls, Amartya Sen und Martha Nussbaum haben dieses sozialliberale Politikverständnis in den letzten Dekaden mit neuem Leben erfüllt. Alle drei basieren ihre Interpretation liberaler Gedanken auf der Idee einer gut eingerichteten öffentlichen Ordnung und verstehen den Markt als eine politisch zu gestaltende Größe, die gesellschaftspolitischen Zielen nachgeordnet ist. Rawls zufolge ist die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft nur dann gerechtfertigt, wenn diese auch den sozial Schwächsten einer Gesellschaft nützt.²²⁵ Hieraus

leitet sich ein klarer Auftrag an die Politik ab, die Wirtschafts- und Finanzordnung nicht nur unter der Frage zu behandeln, inwiefern sie gesamtgesellschaftliche Aggregate wie das Bruttosozialprodukt steigert, sondern auch ihre Verteilungswirkungen ernst zu nehmen. Nur ein verteilungsgerechtes Europa ist auch ein rechtfertigbares und damit politisch nachhaltig aufgestelltes Europa. Von Sen kann Europa lernen, Entwicklung als Chance zur Entfaltung individueller Potentiale zu verstehen.²²⁶ Menschen müssen dazu nicht nur ein entsprechendes Einkommen erzielen, sondern bedürfen ebenfalls der fairen Chance zur Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen und müssen in den Genuss anspruchsvoller Bildungseinrichtungen kommen. Ein aktiv die soziale Inklusion befördernder Staat und seine Ausstattung mit den hierfür nötigen finanziellen Ressourcen sind zentrale Vorbedingungen. Wenn der Liberalismus der EU dann noch die Einsicht von Nussbaum aufnimmt, dass die Schwächeren ein Recht auf Fürsorge durch die menschliche Gesellschaft haben und dass der Gegensatz von Arm und Reich in den Mittelpunkt von Politik zu stellen ist,²²⁷ dann befindet sich die EU auf einem Weg, der über ein bloßes marktschaffendes Regime hinaus und in Richtung auf die Schaffung einer politischen Gemeinschaft weist. In allen diesen Ansätzen ist der Markt niemals Selbstzweck, sondern ist immer höheren gesellschaftspolitischen Werten untergeordnet. Liberalismus ist so verstanden ein Auftrag zur Gestaltung einer offenen und gerechten Gesellschaft, nicht bloß eines offenen Marktes. Es wird dringend Zeit für Europa, diese grundlegende Einsicht zu akzeptieren. Europa muss aus seinem neoliberalen Dornröschenschlaf erwachen. Andernfalls taucht anstelle des versprochenen postnational-kosmopolitischen Prinzen irgendwann das nationalistisch-populistische Monster der autoritären Revolution auf und fegt mit der sozial unverantwortlichen und reformunfähigen Ordnung gleichzeitig eines der vielversprechendsten politischen Projekte der letzten 2000 Jahre beiseite.

An erster und dringlichster Stelle braucht Europa dazu eine umfassende Reform seiner Herrschaftsordnung. Das aktuelle System der gleichzeitigen organisierten Unverantwortlichkeit und der konzentrierten politischen Autorität der Exekutive in Europa ist politisch verhängnisvoll. Es fördert Stagnation und Verantwortungslosigkeit, wo zügiges und nachdrückliches Handeln erforderlich ist. Europa braucht dringend einen machtvollen politischen Ort europäischer Denkart, der in der Lage ist, die sozialpolitische Lähmung zu überwinden. Es

muss ein Ort sein, an dem polarisierte Debatten geführt werden, an dem die Vielfalt der europäischen Meinungen aufeinanderstößt und an dem sich Zentrum und Peripherie in öffentlicher Auseinandersetzung begegnen. Nur ein derartiger lebendiger und gestaltungsmächtiger Ort könnte Europa die angemessene republikanische Verfassung geben, die ein modernes politisches System braucht. Es würde ein Ort geschaffen werden, an dem die Debatte über die Zukunft Europas mit Leben erfüllt wird und an dem ein gemeinsames europäisches Handeln entstehen kann. Die liberale Herrschaftsordnung könnte so neue Anerkennung gewinnen und mit neuer diskursiver Stabilität gefüllt werden.

Als Kandidat für einen derartigen Ort kommt weder die Europäische Kommission noch der Europäische Rat in Frage. Beides sind Institutionen der Exekutive und damit denkbar schlecht dafür geeignet, responsiveness Regieren zu befördern. Die Ermächtigung einer oder beider Institutionen würde vielmehr auf eine weitere Schwächung des Parlamentarismus in Europa rauslaufen und damit den Teufel der sozialpolitischen Ohnmacht mit dem Beelzebub der weiteren Exekutivlastigkeit austreiben. Nötig ist eine umfassende Ermächtigung des Europäischen Parlamentes. Die europäischen Parlamentarier müssen noch sehr viel nachdrücklicher als bisher in die Gestaltungsverantwortung politischer Führung genommen werden. Europa braucht ein Parlament, das nicht nur auf Vorschläge der Europäischen Kommission reagiert, sondern dass eigenständig politische Perspektiven entwickelt und sich die europäische Regierung auswählt, die diese am besten umzusetzen verspricht. Nur so kann die Europäische Union die Überreste ihrer internationalen Vergangenheit überwinden und zu einem responsiven parlamentarischen System werden.

Mit der Aufwertung des Europäischen Parlamentes müsste gleichzeitig eine umfassende Verschlankung der europäischen Verträge einhergehen. Das Vertragsrecht umfasst heute eine Fülle von detaillierten materiellen Regelungen zu allen möglichen Rechtsmaterien. Hier bedarf es dringend einer Verschlankung und damit der Öffnung des politischen Raumes für den ordentlichen Gesetzgeber. Hierzu gehört an erster Stelle, die konstitutionelle Fixierung des Liberalismus zu überwinden. Europa muss durch eine Ausdünnung seines Primärrechtes aus seiner Zwangsjacke des Stabilitätspaktes, des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Europäischen Zentralbank befreit werden. Die aktuelle Wirtschaftsordnung basiert auf einer vertragsrechtlichen Fixierung angebotsorientierter Prinzipien und verpflichtet

die Mitgliedstaaten darauf, eine vermeintlich entpolitisierte Finanz- und Währungspolitik zu betreiben. Sie überträgt damit das nord-europäische Wirtschaftsmodell vorbehaltlos auf ganz Europa, ohne dabei in Rechnung zu stellen, dass die hierfür in Südeuropa nötigen Reformmaßnahmen mittelfristig kaum umsetzbar sind. Das mediterrane Wirtschaftsmodell basiert genauso wie das nordeuropäische Wirtschaftsmodell auf institutionellen und politischen Strukturen, die sich über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte etabliert haben und die nicht innerhalb weniger Jahre grundlegend verändert werden können. Die mediterranen Staaten sind traditionell von einer vergleichsweise weichen Währung und einer niedrigen Investitionsquote geprägt. Italien hat seine Währung in den zehn Jahren zwischen 1979 und 1989 um fast vierzig Prozent gegenüber der DM abgewertet, Spanien um über vierzig Prozent und Portugal und Griechenland sogar um fast siebzig Prozent.²²⁸ Auch die Jahre nach der Einführung des Euros hielten die makrowirtschaftlichen Differenzen an und brachten sich in unterschiedlichen Entwicklungen des Konsumentenpreisindex zum Ausdruck. Zwischen 1999 und 2008 stieg er in Portugal, Spanien und Griechenland um jeweils mehr als dreißig Prozent, während er in den meisten nordeuropäischen Staaten nur um ca. 10 Prozent anstieg.²²⁹

Die hier zum Ausdruck kommenden nationalen Eigentümlichkeiten finden sich ebenfalls in dem griechischen Misstrauen gegenüber dem Staat, der Schwierigkeit, den allgegenwärtigen Klientelbeziehungen effektiv zu begegnen und eine faire und umfassende Steuererhebung zu realisieren. Zu beobachten sind sie ebenfalls in der Ineffizienz des italienischen Gerichtswesens und den hiermit einhergehenden Kosten für die Rechtssicherheit in der italienischen Wirtschaft. Genauso finden sie sich in der traditionell engen Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft in Frankreich sowie der Neigung der französischen Bevölkerung, jeder Reform erst einmal ablehnend gegenüberzustehen. Alle diese nationalen Eigenheiten und Unterschiede sind fester Bestandteil der jeweiligen nationalen Wirtschaftskultur und können nicht einfach durch europäisches Dekret abgeschafft werden. Die Angleichung der europäischen Wirtschaftsmodelle ist vielmehr eine Generationenaufgabe, die viel Geduld, innenpolitischen Bewusstseinswandel und die Bereitschaft seitens der wettbewerbsfähigeren Staaten erfordert, in der Übergangszeit ausgleichende Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen. Ohne diese Bereitschaft hätte es auch in Deutschland nach 1945 keine Angleichung der Lebensverhältnisse in den Bundesländern gegeben und

ohne sie würde Bayern heute vielleicht immer noch zu den bedürftigen Bundesländern Deutschlands gehören.

Wenn Europa finanz- und sozialpolitisch zusammenhalten will, dann wird es nicht umhinkommen, diese strukturellen Unterschiede anzuerkennen. Europa wird Maßnahmen zu einem europäischen Finanzausgleich ergreifen müssen, der für eine eher in Dekaden als in Jahren zu veranschlagende Übergangszeit den Angleichungsprozess abfedert. Wer hierzu nicht bereit ist, der muss auch von der Idee einer gemeinsamen Währung Abstand nehmen. So wie in Deutschland Bremen, das Saarland, Berlin und die neuen Bundesländer von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen unterstützt werden, so kann auch ein soziales Europa nur auf der Bereitschaft zum langfristigen Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten aufbauen.

Die Einführung einer an die Mitgliedschaft im Euro gekoppelten Arbeitslosenversicherung wäre hier ein wichtiger weiterer Schritt.²³⁰ Im Gegensatz zu einem direkten Finanzausgleich nach deutschem Vorbild würde er ein klares Signal aussenden, dass die EU die Sorge und Nöte der einfachen Menschen wahrnimmt. Die EU würde nicht die Haushalte einzelner Mitgliedstaaten, sondern direkt die Bedürftigen unterstützen. Es wäre ein deutliches Zeichen, dass jede Stimme gegen Europa auch eine Stimme nicht für, sondern gegen soziale Sicherheit ist. Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde zudem als eine Art europäischer Finanzausgleich fungieren und damit das arg strapazierte System der Target II-Ausgleichssalden entlasten. Derzeit finanziert die Deutsche Bundesbank und damit der deutsche Steuerzahler über Kredite zwischen den mitgliedstaatlichen Zentralbanken die Zahlungsbilanzdefizite der weniger wettbewerbsfähigen Staaten. Die Guthaben der Bundesbank aus diesen Darlehen sind inzwischen so hoch geworden, dass sie kaum jemals wieder ausgeglichen werden können, ohne die betroffenen Staaten (insbesondere Italien und Spanien) finanziell zu strangulieren.²³¹ Die Zahlungen der Bundesbank in dieses System könnten allerdings dann in ihrem Umfang signifikant reduziert werden, wenn sich die umlaufende Geldmenge in den betroffenen Staaten auf ordentlichem Weg erhöhen ließe und damit genügend inländisches Kapital vorhanden wäre, um die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Eine europäische Arbeitslosenversicherung würde zudem zur Angleichung der makro-ökonomischen Konjunkturzyklen in der EU beitragen, indem sie Ländern, die eine Schwächephase durchlaufen, zusätzliche Mittel seitens derjenigen zur Verfügung stellen, die sich in

einem zyklischen Hoch befinden. Boomenden Ländern wird so Kaufkraft entzogen und die Gefahr einer Überhitzung vermieden während schwächeren Volkswirtschaften ein weiterer Finanzrahmen ermöglicht wird.²³² Es ist dringend an der Zeit, dass das alte Versprechen einer sozialen Dimension Europas eingelöst wird und dass die EU anfängt, mehr zu sein als ein bloßes neoliberales Projekt, dessen Profite auf Kosten seiner demokratischen Selbststeuerung erwirtschaftet werden.

6.2 Die Verantwortung Deutschlands

Forderungen nach einem neuen Integrationsschub werden heute oftmals als politisch wenig erfolgversprechend zurückgewiesen. Die spätestens seit der Finanzkrise 2008/2009 sowie den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden zu beobachtende Politisierung der EU²³³ habe zu einem Ende der erfolgreichen »integration by stealth«²³⁴ geführt und eine neue Phase der integrationspolitischen Stagnation eingeleitet. Hooghe und Marks zufolge ist hierfür die gestiegene Bedeutung von Identitätsfragen in Europa verantwortlich, die zur Entstehung eines generalisierten Verhinderungskonsenses (»constraining consensus«) geführt habe.²³⁵ Es gebe heute eine breit geteilte Kritik an der EU und eine entsprechende Zurückhaltung seitens der Politik gegenüber neuen integrationspolitischen Initiativen. Weder territoriale Erweiterungen der EU noch politische Vertiefungen stünden daher auf absehbare Zeit auf der politischen Agenda.

Grundsätzlich haben Hooghe und Marks mit der These eines Endes des permissiven Konsenses sicherlich recht. Die vereinseitigte Integrationslogik der EU und die jahrzehntelange Enttäuschung über ihre liberalistische Ausrichtung hat viele sozial deprivierte Menschen in Europa von der EU entfremdet und einen politischen Rückzug in nationalstaatliche politische Orientierungen begründet. Was Hooghe und Marks in der unspezifischen These eines Verhinderungskonsens allerdings missachten ist genau dieser motivationale Hintergrund. Es ist nicht die europäische Integration an sich, die für viele Kritiker das Problem darstellt und deswegen abgelehnt wird, sondern die spezifische Art, wie die EU inhaltlich aufgestellt ist. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass eine EU mit einer starken sozialen Dimension gerade bei denjenigen, die ihre soziale Kälte kritisieren, nicht auch auf eine positivere Resonanz stoßen und als konstruktiver Beitrag zur Stärkung

gemeinschaftlicher Identität wahrgenommen werden würde. Die These eines identitätspolitisch motivierten generellen Verhinderungskonsens unterstellt eher kontraintuitiv und ohne nähere Belege, dass EU-Politiken auch dann abgelehnt werden würden, wenn sie die schwächsten und sozial am stärksten Deprivierten gezielt unterstützen würden. Wenn aber die bisherige Ablehnung der EU sich aus ihrem Beitrag zur sozialen Fragmentierung ableitet, dann ist eher davon auszugehen, dass Maßnahmen der positiven Integration durchaus willkommen wären.

Insgesamt erscheint die These des Verhinderungskonsens daher zu undifferenziert. Sie bringt ein unpolitisches Verständnis von europakritischen Parteien zum Ausdruck, das deren unterliegende Motivationslagen nicht hinreichend in Rechnung stellt. Das bei vielen Wähler:innen autoritärer Parteien ausgedrückte Bedürfnis, die eigene Identität betonen und verteidigen zu müssen, entsteht nicht im luftleeren Raum. Es dürfte vielmehr eine Kombination aus ökonomischer Zukunftsangst und sozialer Verunsicherung zum Ausdruck bringen. Europakritik ist letztlich nur mittelbar gegen die EU als solche gerichtet und bringt im Kern eine Kritik an einer marktliberalistisch vereinseitigen und unresponsiven Politik zum Ausdruck.

Genauso ist auch die bei allen europakritischen Parteien immer wieder zu hörende und scharf zwischen der Elite und dem Volk unterscheidende dichotome Konzeption des Politischen kein Ausdruck bloßen Populismus. Sie steht vielmehr in einem direkten Zusammenhang zu der tiefen Entfremdung zwischen europäischem Zentrum und europäischer Peripherie und der mangelhaften Ausprägung intermediärer Akteure. Die europäische Fusionsexekutive, die geringen Kompetenzen des Europäischen Parlamentes und die geradezu systematische Abschottung des politischen Prozesses gegenüber Maßnahmen der positiven Integration sind optimale Kontextbedingungen für eine antagonistische Wahrnehmung des Politischen, in der Elite und Volk unvermittelt nebeneinanderstehen.

Wenn es aber zutreffend ist, dass die unterliegenden Motivationen vieler Wähler:innen autoritärer Parteien durchaus rationale Ursachen haben und von den beschriebenen Defekten des Integrationsprozesses zumindest mit verursacht sind, dann ist auch davon auszugehen, dass sich die Anhänger:innen von Parteien wie Syriza, Podemos, Movimento 5 Stelle oder der Linken in Deutschland bei aller Kritik an der EU kaum einer Vertiefung der positiven Integration entgegen stellen würden. So wie der Nationalstaat bei allen diesen Gruppen dafür gefeiert wird, dass

er der sozialen Gemeinschaft einen organisatorischen Rahmen gibt, so würde auch die EU nach einem entsprechenden Politikwechsel anders wahrgenommen werden. Es ist letztlich nicht der Ursprungsort, sondern der Inhalt einer Politik, der für ihre Rezeption entscheidend ist. Es lässt sich daher mutmaßen, dass die Politisierung des Integrationsprojektes Maßnahmen der positiven Integration nicht verhindert, sondern dass sie vielmehr ein neues Gelegenheitsfenster eröffnet.

Es ist daher ebenfalls dringend Zeit für einen konstruktiveren Umgang mit den autoritären Kritiker:innen Europas. Hierzu bedarf es keines Abbaus von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Universalismus. Bei allen angemessenen und notwendigen Vorbehalten gegenüber den Auswüchsen des Autoritarismus und den völlig inakzeptablen rhetorischen Entgleisungen von Politiker:innen wie Björn Höcke oder Marine Le Pen, muss doch unterschieden werden zwischen dem, was geäußert wird und dem zugrunde liegenden und durchaus legitimen Anliegen nach einer verstärkten sozialen Einbettung des Marktes. Ein Europa, das sich auf die Förderung von Innovation und Wettbewerb beschränkt, ist nicht vermittelbar. Es bedarf vielmehr einer Befreiung Europas von seinen viel zu engen institutionellen Kleidern und seiner mangelnden Politikfähigkeit.²³⁶ Was zu Zeiten der reinen Wirtschaftsintegration mal nötig und richtig war, um den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland zu stabilisieren, ist heute zu einer Zwangsjacke geworden, an der Europa zu ersticken droht. Der supranationalen Ebene, die mit dem Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission als einzige über umfassende Repräsentationsinstanzen verfügt, fehlen die politischen Kompetenzen und die materiellen Ressourcen, um den strukturellen Sozialkonflikt entschärfen zu können. Europa hat schlicht weder das Geld noch die rechtlichen Möglichkeiten, das Notwendige zu tun. Die nationale Ebene der Mitgliedstaaten verfügt zwar über die Ressourcen und die Instrumente, verharrt aber aufgrund der ausschließlich nationalen politischen Verantwortlichkeit ihrer Politiker:innen in Untätigkeit und empfindet sich als nicht zuständig dafür, einen transnational bedingten Missstand abzustellen.

Deutschland kommt in dieser Situation eine zentrale Rolle zu. Ohne oder gegen Deutschland ist in Europa keine Politik zu machen. Das war bereits in der EU der achtundzwanzig Mitgliedstaaten so und gilt umso mehr nach dem Austritt Großbritanniens. In der Vergangenheit hat sich Deutschland weitgehend auf die Rolle des Zahlmeisters beschränkt und kaum eigenständige politische Projekte verfolgt. Diese Rolle war wich-

tig für den Integrationsprozess. Ohne deutsches Geld hätte es keine Gemeinsame Agrarpolitik und keine europäischen Strukturfonds gegeben. Es ist ebenfalls mehr als zweifelhaft ob die mediterranen Staaten ohne höhere Strukturfondsmittel das Binnenmarktprojekt überhaupt mitgetragen hätten. Deutschland trägt über ein Viertel zum Budget der EU bei und seine finanziellen Garantien waren von zentraler Bedeutung dabei, nach 2009 einen Zusammenbruch des Euro zu verhindern. Alles das war viel, ist aber für die Zukunft noch nicht genug. Deutschland wird sich nicht auf die Rolle des Zahlmeisters beschränken können, sondern muss eigenständig politische Initiative ergreifen. Der ehemalige politische Zwerg Deutschland kann heute nicht länger in seiner Rolle als zu groß geratene Schweiz verharren, sondern ist – wenn auch eher unwillig – zu einer politischen Großmacht in Europa geworden. Gegen Deutschland lassen sich kaum Mehrheiten im Rat und dem Europäischen Parlament organisieren und schon gar nicht im eigentlichen Machtzentrum, dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. Es ist, in den Worten des ehemaligen polnischen Außenministers Sikorski, die »indispensable nation« in Europa. Bereits 2011 führte Sikorski aus, dass die EU ohne eine starke Führungsrolle Deutschlands ihre Krise kaum würde überwinden können. Als wahrscheinlich erster polnischer Außenminister brachte er eine größere Angst gegenüber deutscher Inaktivität als gegenüber deutscher Macht zum Ausdruck.²³⁷

Diese besondere Anforderung, die die europäische Krise an die deutsche Politik stellt, brachte Techau kürzlich mit dem Begriff der »dienenden Führung«²³⁸ auf den Punkt. Deutschland müsse das Vertrauen in sich und seine guten Absichten wieder so weit zurückgewinnen, dass es nicht nur auf Herausforderungen reagiere, sondern Europa selbst zu gestalten beanspruche. Es dürfe dabei allerdings nicht nationale, sondern müsse europäische Interessenspolitik betreiben. Es gelte hier eine Politik zu verfolgen, die im Wissen um ihre Stärke und Verantwortung stets etwas früher nachgibt und stets etwas mehr bezahlt als die anderen. Techau schließt hier an eine breite Literatur an, die den Erfolg politischer Integrationsprojekte als direkt davon abhängig versteht, dass regionale Vormächte als »benevolente Hegemonie« fungieren. Es bedarf immer wieder einzelner und vergleichsweise großer Staaten, die politische Projekte vorantreiben, Koordinationsprobleme überwinden und Kooperation dadurch möglich machen, dass sie die Verlierer ökonomisch kompensieren.²³⁹

Die Einführung der europäischen Arbeitslosenversicherung ist eine Maßnahme, die hier direkt ansetzt. Deutschland wäre aufgrund seines Wohlstandes und seiner geringen Arbeitslosigkeit wahrscheinlich einer der wesentlichen Nettozahler in einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Es würde gleichzeitig aber auch dazu beitragen, gerade diejenigen, die bisher die Anpassungskosten des Liberalismus zu tragen hatten und heute nur zu leicht in Versuchung geraten, autoritär und illiberal zu wählen, den Nutzen Europas zu verdeutlichen. Ein derartiger Schritt wäre für die deutsche Politik wahrscheinlich innenpolitisch kaum viel einfacher durchzusetzen als es für die französische Regierung der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts gewesen wäre, auf die Reparationsforderungen gegenüber Deutschland zu verzichten. Die ganz überwiegende politische Meinung in Deutschland lehnt jeden europäischen Umverteilungsmechanismus ab und würde einen entsprechenden Vorstoß seitens der Bundesregierung wahrscheinlich heftig kritisieren. Die politische Klugheit und die historische Erfahrung lassen diesen Schritt jedoch als dringend geboten erscheinen. Wenn sich Deutschland als wichtigste ökonomische und politische Macht Europas dieser Herausforderung verweigert, dann droht der aus sozialer Deprivation entstandene Protest der Überflüssigen, der Enttäuschten und der Abgehängten sich gegen das System der EU insgesamt zu wenden.

Deutschland sollte ebenfalls einen neuen Vorstoß machen, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments grundlegend zu erweitern. Die Vorbehalte, die demgegenüber insbesondere bei den kleineren Mitgliedstaaten und in Deutschland beim Bundesverfassungsgericht bestehen, gilt es insofern ernst zu nehmen, als das Prinzip der ungleichmäßigen Repräsentation größerer und kleinerer Staaten beibehalten und gleichzeitig als legitime Umsetzung des Demokratiedenkens offensiv zu rechtfertigen wäre. Ohne Deutschland wird keine derartige Reform erfolgreich lanciert werden können.

Europa steht so gesehen am Abgrund, ohne ihm allerdings hilflos ausgeliefert zu sein. Es ist noch immer die Politik, die die Entscheidungen fällt und damit über die Zukunft von Herrschaftsordnungen entscheidet. Es wäre eine Schande und gegenüber zukünftigen Generationen nicht zu rechtfertigen, wenn wir diese Chance vertun und es unterlassen, aus den Fehlern der Vergangenheit die notwendigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Nur so lässt sich der nächste Aufstand gegen die bestehende Ordnung vermeiden.